

Inhalt

Vorwort	8
---------------	---

Teil A Grundlagen

1	Begriffliche Grundlagen	10
2	Patientenverfügung in Deutschland – Entwicklungsgeschichte	14
2.1	Paternalismus	14
2.2	Veränderungen im paternalistischen System	15
2.3	Mehr Selbstbestimmung für Patienten	16
2.4	Erste „Patiententestamente“	17
2.5	Wegweisende Gerichtsurteile	18
2.5.1	Das „Kemptener Urteil“	18
2.5.2	Die „Lübecker Entscheidung“	21
2.5.3	Die „Traunsteiner Entscheidung“	23
2.5.4	Die „Fuldaer Entscheidung“	24
2.5.5	Die „Kölner Entscheidung“	26
2.6	Ärztliche Sterbebegleitung (BÄK)	28
2.6.1	Richtlinien der BÄK für die Sterbehilfe (1979)	28
2.6.2	Erste Überarbeitung der „Richtlinien“ 1993	29
2.6.3	Grundsätze der Bundesärztekammer zur ärztlichen Sterbebegleitung (1998)	30
2.6.4	Änderungen in den „Grundsätzen“ von 2004	32
2.6.5	Änderungen in den „Grundsätzen“ von 2011	33
2.6.6	Die Bedeutung der Grundsätze für die Pflege	34
2.7	Drei Gesetzesentwürfe	35

4

3	Das neue Gesetz zur Patientenverfügung	36
3.1	Patientenverfügung (§ 1901a BGB)	37
3.1.1	Die bindende Patientenverfügung	37
3.1.2	Der mutmaßliche Patientenwille	39
3.1.3	Keine Reichweitenbegrenzung	40
3.1.4	Die Bedeutung des § 1901a für die Pflege	42
3.2	Zwingender Dialog (§ 1901b BGB)	43
3.3	Verfahren bei Patienten ohne Vertreter	44
3.3.1	Braucht es immer eine gesetzliche Vertretung?	45
3.3.2	Rechtslage und Bedeutung sind noch offen	47
3.3.3	Die Bedeutung des § 1901b für die Pflege	48
3.4	Einsatz des Betreuungsgerichtes (§ 1904 BGB)	49
3.5	Wirksamwerden von Beschlüssen	51
3.6	Die Bedeutung des § 1904 BGB und § 287 FamFG für die Pflege	52
4	Recht und Ethik als Basis für den Umgang mit Patientenverfügungen	54
4.1	Definition und Aufgabe von Recht und Ethik	55
4.1.1	Definition und Aufgaben des Rechts	55
4.1.2	Definition und Aufgaben der Ethik	57
4.1.3	Das Zusammenspiel von Recht, Ethik und Moral	58
4.2	Ethik als Orientierungshilfe	59
4.2.1	Ethische Grundbegriffe	59
4.2.2	Organisationsethik	63
5	Psychologische Hürden	64
5.1	Das Gewissen	64
5.2	Die Beendigung einer lebenserhaltenden Maßnahme sei aktive Sterbehilfe oder „Töten durch Unterlassen“	66
5.2.1	„Ich kann sie doch nicht sterben lassen“	66
5.2.2	Die Sprache „spricht“ mit	67
5.2.3	Umgang mit der psychischen Belastung	68
5.3	„Menschen ändern ihre Meinung ...“	69
5.4	Strukturelle Vorgaben statt ethischer Reflexion	70

Teil B Konsequenzen für die Pflege

6	Fallgeschichten und ihre ethisch-rechtliche Beurteilung	72
6.1	Frau Öküll spricht kein Deutsch	73
6.2	Frau Barbitsch lehnt die Beatmung ab	76
6.3	Frau Gernot möchte essen	78
6.4	Herr Mitnich will nur den Hausarzt	80
6.5	Frau Nabold wusste, was sie nicht wollte	82
6.6	Herr Stuck – was will er wirklich?	84
6.7	Frau Reuss will es doch nicht	86
6.8	Wir müssen immer den Notarzt rufen	88
6.9	Palliative Sedierung	90
6.10	Herr Schreck muss lange sterben	92
6.11	Die Betreuerin interessiert sich nicht	95
6.12	Der Hausarzt weist meistens ein	96
6.13	Nach einem Jahr bitte abstellen	98
6.14	Einschlafen im Hospiz	100
7	Leitfaden strukturierter Patientenvorsorge	102
7.1	Die Verantwortung des Trägers	102
7.2	Allgemeiner Verfahrensablauf für eine organisierte Patientenvorsorge	104
7.2.1	Checkliste Unternehmens- oder Einrichtungsleitung	105
7.2.2	Verfahren bei Neuaufnahme von Bewohnern	111
7.2.3	Anfrage bei bereits bestehendem Pflegevertrag	113
7.2.4	Vorgehen bei Vorliegen einer Patientenvorsorge	114
7.2.5	Vorgehen bei einwilligungsfähigem Bewohner ohne Patientenvorsorge	116
7.2.6	Vorgehen bei nicht einwilligungsfähiger Bewohnerin ohne Patientenvorsorge	118
7.2.7	Notfallbogen bei absehbarer Verschlechterung bzw. beginnendem Sterbeprozess	119
7.2.8	Checkliste Patientenvorsorge	123

6

8	Das Projekt „beizzeiten begleiten“ – gesundheitliche Vorausplanung in der Region	124
8.1	Ausgangspunkt	124
8.2	Vorgehensweise	125
8.3	Formulare	128
8.4	Dokumentation	131
8.5	Vorläufige Ergebnisse	133
9	Was sollten Vordrucke zur Patientenvorsorge enthalten?	134
9.1	Vorsorgevollmacht oder Betreuungsverfügung für Gesundheitsangelegenheiten	134
9.2	Persönliche Wertvorstellungen	135
9.3	Patientenverfügung	136
9.4	Vordrucke zur Patientenvorsorge im Vergleich	139
9.4.1	Christliche Patientenvorsorge	139
9.4.2	Vorsorge für Unfall, Krankheit, Alter	140
9.4.3	Patientenverfügung des BMJ	141
9.4.4	Bundeszentralstelle Patientenverfügung	142
9.4.5	Vorsorgebroschüren von Ärztekammern	143
10	Musterbeispiele für Verfügungen	144
10.1	Vorsorgevollmacht für Gesundheitsangelegenheiten (Muster)	144
10.2	Vollmacht (Muster)	146
10.3	Betreuungsverfügung (Muster)	148
10.4	Wertvorstellungen (Leitfragen und Beispiele)	150
10.5	Patientenverfügung (Muster)	152

Teil C Patientenverfügungen von A–Z

Patientenverfügungen von A–Z 158

Literatur 190